GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich 21. Januar 2019 Nr. 62

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Kurz nach Weihnachten titelte die Tageszeitung El Periodico aus Guatemala kurz und bündig: „Die Narco-Kleptokratie hat an den Festtagen Ende dieses Jahres einen Staatsstreich in Gang gesetzt, um das Korruptionsparadies und die Straflosigkeit erhalten zu können.“

Dies beschreibt die Stimmung in Guatemala eindrücklich. Viele, mit denen wir gesprochen haben, befürchten, dass auch nach den Wahlen 2019 alles weitergeht wie bis anhin, da die Regierung und der Kongress Gesetze verabschiedet haben, die einem Freibrief gleichkommen, mit dem sie Guatemala ungestraft plündern können. Viele haben keine Hoffnung mehr, dass sich politisch etwas zum Guten wenden könnte.

Trotzdem kämpfen viele Menschen weiter für ihre Rechte und für ein würdiges Leben. Wie zum Beispiel die Familien in Ixquisis in Huehuetenango, die schon seit 10 Jahren um den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen kämpfen und sich dankbar zeigen, wenn man ihnen zuhört; so im Bericht von Toni Steiner. Auch beim Besuch einer Delegation aus Guatemala in Zürich erfahren wir etwas von dieser Dankbarkeit, weil sich die Menschenrechtsverteidigerinnen von uns im Kampf um Menschenwürde wahrgenommen fühlen.

Dem gegenüber steht der Artikel von Eva Kalny, in dem sie den Versuch der Regierung schildert, den Rechtsstaat auszuhebeln.

Hoffen wir trotz allem, dass diese Versuche der Machtfestigung durch die Eliten verhindert werden und das Land endlich etwas zur Ruhe kommt, damit der Rechtsstaat in Guatemala mit und von seinen Menschen wieder aufgebaut werden kann.

Barbara Klitzke

Skeptischer Blick in die Zukunft - Ixil Frau aus Chajul, Quiché Foto: Barbara Klitzke Rozas

Gewaltloser Widerstand in Ixquisis/Huehuetenango

Anfangs November 2018 erhielt das Guatemala-Netz Zürich vom Koordinator der Versammlung der Völker des Departements Huehuetenango ein dringliches Gesuch. Wir wurden gebeten, den gewaltlosen Widerstand der indigenen Kleinbauer*innen aus Dorfgemeinschaften der Mikroregion Ixquisis zu unterstützen. Diese wehren sich seit mehr als 10 Jahren gegen den Bau von drei Wasserkraftwerken des transnationalen Unternehmens Energía y Renovación S.A..

Huehuetenango, ein grosses Departement im Nordwesten des Landes, ist den meisten Guatemaltek*innen unbekannt. Es ist sehr abgelegen und gebirgig, die Strassen sehr schlecht. Viele seiner Bewohner*innen gehören verschiedenen Maya-Völkern an. Weil dort viel Regen fällt, ist das Land fruchtbar und waldreich.

Nach dem Abschluss der Friedensverträge von 1996 stellten sich Regierung und Oligarchie darauf ein, ressourcenreiches Land zu privatisieren und nationalem und internationalem Kapital für grosse Projekte zur Verfügung zu stellen. Dort lassen sich etliche Bodenschätze ausbeuten, grossflächig Plantagen anlegen oder Wasserkraftwerke errichten. Dadurch gerieten abgelegene Landschaften ins Visier, wo bisher indigene kleinbäuerliche Dorfgemeinschaften recht ungestört gelebt hatten. Im Departement Huehuetenango sind dies besonders die nördlichen Bezirke zur mexikanischen Grenze hin. Die meisten Bezirke des Departements organisierten zwar eigenständig Abstimmungen über die Wünschbarkeit solcher Projekte auf ihrem Territorium. Die Ablehnung war immer überwältigend. Doch die guatemaltekische Regierung und die nationalen und internationalen Unternehmen liessen sich davon nicht beeindrucken. Für sie war klar, dass die gegebenen Verhältnisse im Norden Huehuetenangos sich besonders für Wasserkraftwerke eigneten und sie gingen daran, sie zu planen und auszuführen.

Unser Besuch

Auf der Delegationsreise der Guatemalanetze Bern und Zürich im Februar 2018 nahmen wir deshalb einen Augenschein in dieser Gegend. Wir besuchten Santa Eulalia, Santa Cruz Barillas und fuhren schliesslich über eine Strasse voller Schlaglöcher in die Mikroregion Ixquisis, die zum Bezirk San Mateo Ixtatán gehört. Als wir uns der Siedlung näherten, fielen uns riesige Röhren auf, die im Gelände herumlagen. Sie sollten wohl dazu dienen, Bäche und Flüsse zu fassen und direkt auf die Turbinen des Wasserkraftwerks zu leiten. In der Siedlung erwarteten uns viele Leute. Die Frauen hatten gekocht und wir bekamen mit allen Anwesenden ein Mittagessen mit Tortillas, Reis und Bohnen. Anschliessend trafen wir uns in einem grossen Zelt zu einer Versammlung. Mitglieder dieser Dorfgemeinschaften berichteten uns von ihrem jahrelangen gewaltlosen Kampf gegen den Bau der Wasserkraftwerke Pojom I, Pojom II und San Andrés. Wir spürten, dass es ihnen um ihren Boden, ihr Wasser, kurz, um ihre Lebensgrundlagen ging und wie sehr sie es schätzten, von uns ernst genommen zu werden. Von den vielen Soldaten, die dort in der Nähe kaserniert sind, um die unvollendeten Bauten eines der drei geplanten Kraftwerke zu schützen und vom Detachement der nationalen Zivilpolizei sahen wir nichts. Tief beeindruckt und bewegt fuhren wir zurück.

Und wie ging es weiter?

Im Juni bekam der gewaltlose Widerstand der Mikroregion von der irischen Menschenrechtsorganisation Frontline Defenders in Anerkennung ihres Einsatzes für Menschenrechte den Jahrespreis 2018 für die Region der Amerikas. Bald darauf reichte der gewaltlose Widerstand dann am Obersten Gerichtshof Guatemalas einen Rekurs ein gegen die Lizenz für eines der Kraftwerke. Bei der Vergabe der Lizenz seien Unregelmässigkeiten geschehen und die betroffene Bevölkerung sei nicht um ihr Einverständnis gefragt worden. Darauf wuchs der Druck auf die Mitglieder des gewaltlosen Widerstands.

Der gewaltlose Widerstand beschloss, ab 10. September jede Woche von Montag bis Freitag auf einem bestimmten Platz eine Mahnwache abzuhalten. Aber am 5. Oktober kamen über 200 Polizisten nach Ixquisis. Diese stellten am Samstag, 6. Oktober, auf dem Platz der Mahnwache ihre Zelte auf. Doch die Mitglieder der Mahnwache liessen sich nicht davon abbringen, am folgenden Montag wieder den Platz zu beanspruchen. Daraufhin wurden sie von der Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas auseinandergetrieben.

In derselben Woche kam eine Karawane mit ca. 200 Leuten aus Santa Eulalia nach Ixquisis. Sie wollten dem Widerstand ihre Solidarität bezeugen. In der Nacht nach ihrer Ankunft hörten sie Schüsse von verschiedenen Seiten. Wem sie galten, war nicht auszumachen. Über Schusswaffen verfügen in dieser Gegend meist nur Militär und Polizei . Die Karawane beschloss am nächsten Tag nach Santa Eulalia zurückzukehren.

Am 13. November veröffentlichte das Unternehmen Energía y Renovación zusammen mit dem Bürgermeister von San Mateo, Vertretern von Regierung, Armee und Polizei und zwei kleinen vom Unternehmen beauftragten Organisationen der Zivilgesellschaft unter der Schirmherrschaft des Bischofs einen Vertrag zur „Entwicklung und dem Frieden von San Mateo Ixtatán". Das Ereignis fand in den nationalen Medien viel Beachtung. Vertreter*innen des gewaltlosen Widerstands der comunidades von Ixquisis waren jedoch nicht bei den Verhandlungen und sind empört über diesen seltsamen Vertrag, der ohne sie aber über sie geschlossen wurde.

Versammlung des friedlichen Widerstands von Ixquisis am 4. Oktober 2018. Foto: Francisco Simón, prensa comunitaria

Am 9. Dezember kam es zu einem Attentat auf Lucas Jorge, der seit 2012 Präsident des gewaltlosen Widerstands der Mikroregion ist. Als er aus seinem Haus getreten war, um Besorgungen zu machen, kam ihm ein Auto mit drei Männern entgegen, das ihn umfahren wollte. Er konnte ausweichen und ging in sein Haus zurück. Bald darauf kamen sie zu seinem Haus und schlugen ihn nieder.

Jüngster trauriger Höhepunkt: Am 16. Dezember wurden die Brüder Neri Esteban Pedro und Domingo Esteban Pedro ermordet. Ihre Körper wurden am Ufer eines Flusses nahe des Wasserkraftwerks San Andrés gefunden. Beiden wurde in den Kopf geschossen.

Schlussüberlegungen

Dieses Projekt wird wie viele andere im Land im Namen von «Fortschritt» und «Entwicklung» propagiert. Natürlich können Kleinbauernfamilien, die in abgelegenen Gegenden wohnen, auch elektrischen Strom brauchen. Aber die Wasserkraftwerke werden nicht für sie gebaut, sondern für den nationalen und internationalen Strommarkt. Und solch grosse Projekte haben viele fremde Nutzniesser*innen: Politiker*innen, die geschmiert werden, grosse Bauunternehmen, Besitzer*innen von grossen Baumaschinen, staatliche Funktionär*innen, nationale und internationale Banken und Kreditgeber...

Sie alle können damit Geld verdienen, sich ihre „guten Dienste" bezahlen lassen. Aber die Menschen, die von der Mutter Erde leben, die auf diesem Land ihren Mais und ihre Bohnen pflanzen, die das Wasser der Bäche und Flüsse brauchen, um zu trinken, zu bewässern, zu waschen; diese Menschen, inmitten ihres lebendigen Umfelds, das sie hüten und verteidigen, sie zählen nicht. Sie müssen weichen. Der Fall Ixquisis zeigt, wie unsere geldgierige Zivilisation funktioniert und vorwärtsdrängt. – Wohin?

Und wie geht das Leben weiter für die Familien von indigenen Kleinbauern, die hier leben? Schlecht, sehr schlecht. Sie sind den Mächtigen von Wirtschaft und staatlichen Institutionen, konkret Funktionär*innen aller Art, ausgeliefert. Versprechen, leere Worte, Drohungen, um sie von ihrem angestammten Grund und Boden, ihrem Zusammenhalt, ihrer Kultur wegzubringen. Sie erfahren Gewalt aller Art und werden unter Umständen selbst Gewalttäter in ihrer Familie oder Nachbarschaft…

Das Guatemala-Netz Zürich will mit seiner Solidarität, mit seinen Vernetzungen und mit seinem Fonds «Solidarität – konkret» ein wenig dazu beitragen, dass die indigenen Gemeinschaften zu ihrem Recht kommen.

Toni Steiner

„Es gibt etwas viel Wichtigeres als die CICIG, und das ist Guatemala“ *

Die Regierung argumentiert in der aktuellen Krise in Guatemala gegen die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit CICIG und bedroht damit das gesamte demokratische rechtsstaatliche System.

Der Kampf um die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Rechtsstaatlichkeit geht auch im letzten Quartal des Jahres 2018 weiter. Dabei sind zentrale Institutionen des Staates Angriffen durch die aktuelle Regierung ausgesetzt. Die Berichterstattung ist auch in kritischen Medien insbesondere seit der Entlassung von Haroldo Sánchez, dem Direktor des Fernseh-Nachrichtensenders Guatevisión, vorsichtiger geworden. Die Regierung nutzt die Weihnachtspause, um harsche Massnahmen gegen das Rechtssystem des Landes zu treffen und versucht damit die Erfolge der letzten Jahre rückgängig zu machen.

Schwächung rechtsstaatlicher Institutionen

Wettert Ende September Präsident Jimmy Morales bei der UN- Generalversammlung in New York noch hauptsächlich gegen die CICIG , so geht er am 11. Oktober bei der Konferenz „Wohlstand und Sicherheit in Zentralamerika“ einen Schritt weiter: In Anwesenheit von US-Staatssekretär Pompeo, Vizepräsident Pence und außenpolitischen Vertreter*innen der Region beschuldigt Morales den Verfassungsgerichtshof seines Landes, die Verfassung zu brechen. Jene Richter*innen, die Entscheidungen gegen seine Regierung fällen, würden auch Entscheidungen gegen US-amerikanisches Kapital fällen. Bereits zuvor wurde bekannt, dass die Regierung Lobbyist*innen in den USA bezahlt, um Stimmung gegen die CICIG zu machen.

Im September und Oktober fordern die Abgeordneten Luis Hernández Azmitia und Fernando Linares Beltranena, dem die USA bereits 2017 sein Visum entzogen hat, die Absetzung von Jordán Rodas Andrade als Leiter der Menschenrechtsombudsstelle PDH. Beide Abgeordnete sind erklärte Gegner der CICIG. Mitte Oktober setzt Generalstaatsanwältin Consuelo Porras unter heftigen Anschuldigungen gegen ihre Vorgängerin Thelma Aldana fünf regionale Staatsanwält*innen ab, zwei weitere Funktionärinnen traten zurück. Das ehemalige Team von Thelma Aldana setzt sich zu wehr und beschuldigt Porras, Teil des Pakts der Korrupten zu sein. Einige Abgeordnete versuchen die Rolle der Höchstgerichte bei der Aufhebung der Immunität von Abgeordneten zu schwächen, und es gelingt ihnen, die Gesetze zur Finanzierung von Wahlkampagnen zu lockern.

Im November beschließt der Kongress für das Budget 2019 weitreichende Kürzungen im Justizbereich. So wird unter anderem das Budget der PDH um 20 Prozent gekürzt. Das Budget des Militärs hingegen wird erhöht. Ende November scheitert eine Initiative des Abgeordneten Estuardo Gáldamez für die Auflösung des Verfassungsgerichtshofs. Eine wochenlange Diskreditierungskampagne und Drohungen gegen den Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit, Juan Francisco Sandoval, führen zu breiter öffentlicher Unterstützung des mutigen Kämpfers für die Rechtsstaatlichkeit. Mehrere Entlassungen und Umbesetzungen in der Nationalen Zivilen Polizei PNC - die letzte davon kurz vor Weihnachten - unterminieren die Versuche, eine unabhängige Polizei mit transparenten Kriterien für leistungsbasierte Karrieren aufzubauen und gefährden Fahndungserfolge. Zwei bis jetzt nicht geklärte Brände in der Steueraufsichtsbehörde SAT im Oktober betreffen die Unterlagen von 222 Unternehmen, gegen die teilweise Anklage anhängig sind.

Erfolge und Stillstand

Im Jahr 2018 gewinnt der Staat durch Enteignungen von verurteilten Exfunktionär*innen, Drogenhändler*innen und weiteren Personen in 97 Fällen Geld, Grundstücke, Gebäude, Flugzeuge, Schiffe und Autos im Wert von mehreren Millionen USD. Zahlreiche Korruptionsfälle führen zu Inhaftierungen und Verurteilungen. Eine Anklage, die im Oktober von 35 Organisationen und Individuen gegen Innenminister Enrique Degenhart wegen Nichterfüllung seiner Pflichten, Machtmissbrauch, Missachtung von Höchstgerichtsentscheiden und anderen Delikten eingebracht wird, ist weiter anhängig. Einem Antrag auf Aufhebung der Immunität von Präsident Morales wegen illegaler Wahlkampffinanzierung wird nach wochenlanger öffentlicher Beweisanhörung und Vorlage von Beweismitteln vom Kongress nicht stattgegeben. Mit der Entscheidung des Präsidenten, den Mindestlohn 2019 nicht zu erhöhen, versichert er sich der Unterstützung der Wirtschaftseliten.

Massnahmen gegen die CICIG spitzen sich im Dezember wieder zu

Die Nichtverlängerung von Visa von Mitarbeitenden der CICIG ist medienwirksam, rechtlich aber fadenscheinig: durch den Vertrag mit der CICIG benötigen die Mitarbeitenden keine Visa. Allerdings wird damit ein politisches Signal gesendet, da die betreffenden Personen unter anderem jene Korruptionsfälle bearbeiten, die den Präsidenten und seine Familie betreffen. Mitte Oktober liegen dem Verfassungsgerichtshof vier Einsprüche gegen die Ausstellung der Visa vor, und dieses fordert die verantwortlichen Funktionär*innen auf, ihre Beweise für die angebliche Bedrohung der nationalen Sicherheit durch die Mitarbeitenden der CICIG vorzulegen. Die Verweigerung der Visa sei als Behinderung der Justiz zu werten, deren Ziel die Beeinträchtigung der Arbeit der Kommission ist, meinen diverse zivilgesellschaftliche Organisationen und ehemalige Aussenminister. Während die jetzige Aussenministerin Jovel die Nichtausstellung der Visa als Druckmittel gegen die UNO darstellt, um die Substituierung von Iván Velásquez zu erzwingen, zeigt sich UNO-Generalsekretär Guterres besorgt. Kurz vor Weihnachten droht die Regierung mit der gewaltsamen Ausweisung der betreffenden Mitarbeitenden der CICIG – die sich aber bereits im Urlaub befinden. Das Verfassungsgericht entscheidet innerhalb kürzester Zeit, dass diese Massnahme verfassungswidrig ist und ordnet die sofortige Ausstellung der Visa an. Noch am selben Tag bringt die allgemein kaum bekannte staatsanwaltliche Klagevertretung PGN der Exekutive im Auftrag des Präsidenten eine umfangreiche Strafanzeige gegen jene drei Richter*innen des Verfassungsgerichtshofs ein, die bis jetzt zugunsten der Arbeit der CICIG gestimmt hatten. Anfang Januar zitiert das Aussenministerium die Mitarbeitenden der CICIG, deren Visa noch nicht verlängert wurden, zu sich.

Angriffe auf die demokratische Gewaltenteilung

Es ist sehr offensichtlich, dass es die Erfolge der CICIG sind, die zu den heftigen Reaktionen der Regierung, gemeinsam mit Teilen der Wirtschaftselite und des Militärs, führen. Dabei wird in zentrale Bereiche einer funktionierenden Demokratie autoritär eingegriffen: in die unabhängige Rechtsprechung, die Pressefreiheit, die Polizei und das Militär. Diese Eingriffe werden in beängstigendem Tempo Schritt für Schritt verschärft. So verweigern die Migrationsbehörden einem Mitarbeiter der CICIG am 5.1. 25 Stunden lang die Einreise ins Land. Die Regierung löst zwei Tage später vertragswidrig einseitig den Vertrag der CICIG auf und fordert ihre Schliessung sowie den Abzug aller internationaler Mitarbeiter*innen innerhalb von 24 Stunden. Die CICIG evakuiert ins Ausland. Sämtliche Schritte der Regierung widersprechen Entscheiden des Verfassungsgerichtshofs. So ist es auch wenig verwunderlich, dass Kongressmitglieder Gesetzesinitiativen anregen, das Verfassungsgericht aufzulösen, und eine wenig bekannte Institution, namens „Vertretung des öffentlichen Interesses" im Auftrag von Präsident Morales eine umfangreiche strafrechtliche Anklage gegen jene Richter*nnen vorlegt, die regelmäßig für die Rechtsstaatlichkeit und gegen die Wünsche des Präsidenten abstimmen

Iván Velásquez, der Kommissionär der CICIG und Thelma Aldana, die ehemalige Generalstaatsanwältin, erhielten am 23.11. in Stockholm den Alternativen Nobelpreis dafür, dass sie mit ihrem Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen illegale Strukturen im Staat dazu beigetragen hatten, staatliche Institutionen zu stärken und deren Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in sie zu erhöhen. Ein sichtbarer Erfolg dieses höchst professionellen Engagements besteht darin, dass viele in Guatemala nicht mehr allgemein über „den Staat" schimpfen, sondern zwischen Institutionen unterscheiden und den Verfassungsgerichtshof verteidigen. Dieser Erfolg ist auch deshalb möglich, weil Velásquez selbst von der Bekämpfung der Korruption und Straflosigkeit und vom Ziel der Gleichheit aller vor dem Gesetz zutiefst überzeugt ist und die Arbeit der CICIG in diesen Dienst stellt. Spät aber doch noch nehmen zahlreiche Regierungen und die UNO gegen das Vorgehen von Präsident Morales Stellung und finden im Land gleichzeitig mit der Präsentation des 3. Jahresberichts des Präsidenten am 15. Januar 2019 Demonstrationen und Strassenblockaden statt. Der beginnenden Wahlkampf wird Morales Rückendeckung verlieren lassen, eine Stärkung demokratischer Strukturen ist aber fraglich.

Eva Kalny

* Zitat aus einem Interview mit Iván Velásquez im Dezember 2018:
https://elfaro.net/es/201812/centroamerica/22753/Iv%C3%A1n-Vel%C3%A1squez-%E2%80%9CLa-CICIG-contin%C3%BAa-y-todav%C3%ADa-yo-estoy-al-frente%E2%80%9D.htm

Die Stimmen des Izabal-Sees

Am 27. November führte das Guatemala-Netz Zürich eine Veranstaltung mit drei Frauen durch, die zum Konflikt der Nickelmine Fénix in El Estor, am Izabalsee, tätig sind: Angélica Choc, Liliana Hérnandez und Lucía Ixchiú. Ich begleitete die drei Frauen und bekam hautnah ihren Kampf um Gerechtigkeit und um die Zukunft ihrer Kinder mit.

Angélica erzählte zu Beginn der Veranstaltung, wie das Leben in El Estor früher war, wie sie als Kinder in den Flüssen badeten, jeden Tag Fisch assen und in den Wäldern und auf ihren Feldern spielten. Nun ist alles anders: «Die Unternehmen sind in unser Land eingedrungen und haben sich unser Territorium angeeignet, ohne uns um Erlaubnis zu fragen. In Guatemala haben wir keine Chance als indigene Völker und Arme zu existieren. Ich jedoch kämpfe weiter um Gerechtigkeit.»

Die Provinz Izabal beherbergt den grössten See Guatemalas und ist reich an Wäldern und fruchtbarem Boden. Heute gehört der Grossteil dieses Landes Grossgrundbesitzer*innen, Agroindustrien und Bergbauunternehmen. Das Nickelunternehmen Compañia Guatemalteca de Niquel, CGN, ist seit 2005 wieder aktiv im Abbau des wertvollen Minerals in El Estor. Mit dem Abbau des Nickels flammten die sozialen Konflikte auf. Die Bewohner*innen von Dörfern, in deren Umgebung das Unternehmen Nickel abbaut, werden vertrieben, Widerständige werden eingeschüchtert und sogar ermordet. 2011 kaufte das dazumal noch russische Unternehmen Solway die Nickelmine und die Abbaukonzessionen. Solway baute 2014 eine neue Raffinerie und versprach Guatemala grosse Einnahmen. Aber das Abwasser der Nickelmine läuft direkt in den Izabal-See, für die Erweiterung des Abbaus des Minerals werden weitere indigene Gemeinden vertrieben. Die Bevölkerung wurde weder informiert noch gefragt.

Lucía Ixchiú zeigte uns mit ihrem Referat die Geschichte, die Grösse und die verdrehten Wahrheiten der Nickelmine auf. 2017 denunzierten Fischer die Verschmutzung des Sees. Der See bildet nicht nur die Lebensgrundlage von tausenden von Fischerfamilien, sondern ist auch die Herberge von Pflanzen und Tieren. Und für die Maya Q'eqchi' bildet der See auch einen Teil ihres spirituellen und sozialen Lebens wider. Verschiedene Klagen der Zivilgesellschaft, von Organisationen und der Bevölkerung über die Umweltverschmutzung brachten den Protestierenden Strafanzeigen des Nickelunternehmens ein: Gegen zehn Personen wurde ein Haftbefehl ausgestellt, seit Juni 2018 sitzt der Vizepräsident der Fischervereinigung in Untersuchungshaft, im Mai 2017 wurde ein junger Fischer von der Polizei ermordet. Derweil produziert das Bergbauunternehmen weiter Rohnickel, welches täglich in hunderten von Kipplastern an den karibischen Hafen für den Export transportiert wird.

Für Lucía, die die Kampagne „Las Voces del Lago" (die Stimmen des Sees) mitbegründet hat, ist es wichtig, den Kampf dieser Menschen, die für ihre Rechte kämpfen, sichtbar zu machen. Darum begleiten sie und ihre Mitstreiter*innen die Menschenrechtsverteidiger*innen in den sozialen Netzwerken und haben vor einigen Monaten ein Kulturfestival in El Estor durchgeführt, um den Kampf gegen das Nickelunternehmen publik zu machen.

In einer an diesem Tag gesendeten Videobotschaft klagt der Präsident der Fischervereinigung von El Estor die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen nicht nur des Nickelunternehmens, sondern auch der Regierung, im Speziellen des Bergbauministeriums, an. Er erzählt, wie schwierig es für die Fischer und ihre Familien ist, als Kriminalisierte seit über einem Jahr der Bewegungsfreiheit beraubt zu sein, so dass sie nicht mehr ihren Lebensunterhalt verdienen können und deshalb völlig verarmt sind. Dazu sind sie dauernden Schikanen der Justiz sowie Bedrohungen seitens des Unternehmens ausgesetzt .

El Estor ist eine Stadt im östlichen Teil Guatemalas. Das Gebiet ist weit weg von den Geschehnissen in der Hauptstadt, Informationen aus dieser Region dringen nur langsam durch und werden von den Medien nicht aufgenommen. Dies bietet dem Nickelunternehmen eine gute Grundlage, sich als von der Regierung geschütztes Projekt und in herrischer Manier als Besitzerin von Grund und Boden zu geben. Die lokale Bevölkerung wird nicht berücksichtigt und miteinbezogen und im Notfall wird der Besitzanspruch mit Waffengewalt durchgesetzt.

Brisant ist, dass die neue Besitzerin der Nickelmine nach Eröffnung der Raffinerie ihren Hauptsitz in die Schweiz verlegt hat. Seit 2015 ist die Mine und das lokale Unternehmen CGN im Besitz von der Solway Investment Group GmbH mit Sitz in Zug. Seit

2017 hat ein Solidaritätsnetzwerk, dem auch das Guatemala-Netz Zürich angehört, versucht, mit Solway in Kontakt zu treten und das Unternehmen auf die Verletzungen von Menschenrechten und Umweltschäden in ihrer Mine in Guatemala aufmerksam zu machen. Solway hat uns darauf hingewiesen, dass das Unternehmen alle Gesetze einhält und sich an den freiwilligen IFC Standards der Weltbank zu sozialen Rechten und Umwelt ausrichtet. Auf unsere Forderungen, uns Rechenschaft abzulegen und Informationen zu ihrem Betrieb in El Estor öffentlich zugänglich zu machen, ist die Firma jedoch nie eingegangen.

Die dritte Exponentin an unserer Veranstaltung vom 27. November, die Juristin Liliana Hérnandez, verweist darauf, dass Guatemala dem Völkerrecht verpflichtet ist und die entsprechenden UNO-Konventionen ratifiziert hat. Die nationale Gesetzgebung ist jedoch derart schlecht, dass man weder Staat noch Unternehmen in die Pflicht nehmen kann. „Wenn wir Eure Seen hier in der Schweiz sehen, schmerzt es uns zu sehen, wie unsere Seen verschmutzt sind. Nur schon an der Verschmutzung kann man sehen, wie unsere Rechte verletzt werden. Auch die Justiz ist geschwächt, nicht unabhängig, sondern von den Unternehmen gekauft. Guatemala ist ein Nachkriegsland, dessen Friedensverträge nicht umgesetzt wurden, das nichts in Gesundheit und Bildung investiert und in dem indigene Völker nicht respektiert werden. Kein Wunder, belegt Guatemala den vierten Platz im Korruptionsindex der amerikanischen Staaten. All dies zusammen bietet den Unternehmen einen guten Boden, mit ihren Operationen straflos Menschenrechte verletzen und Umweltschäden verursachen zu können."

Abschliessend machte Liliana klar, dass sie nicht hier sei, nur um anzuklagen. Sie wäre froh, jemand des Unternehmens Solway wäre an der Veranstaltung präsent und bittet die Zuhörer*innen, Solway die Botschaft zukommen zu lassen, dass das Unternehmen hier in der Schweiz Verantwortung für die Taten in Guatemala übernehmen muss. Die in der Schweiz geltenden hohen Umwelt- und Menschenrechtsstandards müssen auch in Guatemala angewendet werden! «Bezüglich der Sorgfaltspflicht, zu der die Unternehmen verpflichtet sind, haben wir, die indigenen Völker, eine viel breiteres Verständnis von Leben und dessen Schutz und Rechte. Nicht nur die Menschen haben ein Recht auf Leben, sondern alle Lebensformen, also auch die Berge und der See.» Um diese Vision zu illustrieren, zitiert sie eine junge Q'eqchi' Frau : «Ich bin die Tochter eines Fischers. Ich habe gelernt mit dem Wind und dem Wasser zu sprechen. Der See ist heilig, denn er gibt uns Leben».

Von links nach rechts: Angélica Choc, Liliana Hérnandez,, Barbara Klitzke, Lucía Ixchiú. An der Veranstaltung am 27.11. in Zürich.
Foto: Eticus Rozas

Nehmen wir die Botschaften dieser mutigen Frauen an. Tragen wir sie in die Welt, erzählen wir unseren Nachbar*innen, unseren Freund*innen von diesen Geschichten. Wir können hier Verantwortung übernehmen für das Unrecht, das in Guatemala geschieht, denn in der Schweiz können wir unsere Rechte wahrnehmen. Justiz und Staat setzen sie hier durch. Und wir können mithelfen, Schweizer Unternehmen anzuklagen, die glauben, in einem schwachen Staat wie Guatemala einen Freibrief für Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden und ausbeuterische Gewinnmaximierung zu haben. Setzen wir alles daran, dass auch sie die Stimmen des Izabal-Sees hören!

Barbara Klitzke

In Kürze

Bernardo Caal zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt

Am 9. Dezember wurde Bernardo Caal Xol, Lehrer und Anführer des Widerstands gegen die Wasserkraftwerke Oxec in Cahabón, Alta Verapaz, zu sieben Jahren Gefängnis wegen Festhaltens von Personal der Wasserkraftwerke und Raubes verurteilt. Alles Falschanschuldigungen! Er ist politischer Gefangener, das bezeugen auch verschiedene Aussagen von Menschenrechtsexpert*innen der Vereinten Nationen. Caal wurde dem Wasserkraftunternehmen gefährlich, weil er 2015 und 2016 Beschwerden beim Verfassungsgericht gegen diese einreichte, weil sie keine Befragung der indigenen Völker im Einflussgebiet, wo die Wasserkraftwerke gebaut werden, durchgeführt haben. Er und die vielen Dörfer und Gemeinden bekamen Recht, aber umgesetzt wurde nichts davon.

Reportage zur Mine Marlin

Im letzen Herbst erschien in der online-Zeitung Nómada eine zweiteilige Reportage über die wirtschaftliche und soziale Situation in San Miguél Ixtahuacán, wo nach zwölf Jahren Ausbeutung der natürlichen Ressourcen die Mine Marlin ihren Betrieb eingestellt hat. Eine triste Bilanz.
Das ehemalige Vorstandsmitglied Lilian Hässig hat für uns den Bericht auf deutsch übersetzt. Zu finden ist er auf der Webseite vom Guatemala-Netz Zürich unter „Aktuelles“.

AUFRUF - „Kurierdienst“ Schweiz - Guatemala

Reist du oder jemand aus deinem Umfeld in den nächsten Wochen nach Guatemala? Ich benötige dringend ein Dokument, das mir Anfang Januar an meine Schweizer Postadresse zugestellt wurde und wäre sehr froh, wenn mir dieses jemand mitbringen könnte, falls sich eine Gelegenheit bietet. Bitte Kontaktnahme via E-Mail an lilian_haessig@hotmail.com. Besten Dank!

guatemala-netz zürich

Impressum:
Nr. 62, 21.01.2019
Erscheint 2-4 mal jährlich
Herausgegeben von: Guatemala-Netz Zürich
http://ww.guatemalanetz-zuerich.ch
mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch
Redaktion: Barbara Klitzke
Lektorat: Barbara Müller, Jacqueline Hefti
Layout: Barbara Klitzke
Administration: Silvia Brennwald
Josefstrasse 172, 8005 Zürich
mailto: silvia.brennwald@bluewin.ch
PC 87-674612-1
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Seit 6 Jahren prensa comunitaria

Unsere Hauptnachrichtenquelle zu Guatemala ist neben El Periodico die unabhängige, indigene und feministische Presseagentur Prensa Comunitaria Km.169. Prensa Comunitaria feiert ihr sechsjähriges Bestehen. Wir gratulieren dem ganzen Team von ehrenamtlichen Journalist*innen, die tagtäglich aus den indigenen Regionen ganz Guatemalas berichten. Sie nehmen damit die Herausforderung an, „von unten, zusammen mit den Völkern“ die Kämpfe von Frauen und Männer gegen Korruption, Straflosigkeit und das zerstörerische Wirtschaftsmodell zu visibilisieren- und stellen sich den Gefahren entgegen, deswegen verfolgt, bedroht und ermordet zu werden.

Folgen der Suspendierung der Goldbaukonzession der Mine El Tambor

Mögen Sie sich erinnern an den jahrelang andauernden friedlichen Widerstand von „La Puya“?
Im Dezember hat das US-amerikanische Bergbauunternehmen Kappes, Cassidy & Associates eine Klage auf 300 Mio. Dollar beim Schiedsgericht eingereicht, wegen der Suspendierung der Konzession ihrer guatemaltekischen Tochtergesellschaft Exmingua für die Goldmine El Tambor.
Das Schiedsgericht ist zuständig für Entscheide der Regierungen, die Investionen gefährden, die durch das Freihandelsabkommen der USA mit Guatemala geschützt sind. Nach jahrelangem Widerstand erreichten die Gemeinden San Pedro Ayampuc und San José del Golfo, dass das Verfassungsgericht die Abbaulizenz suspendierte, da das Bergbauunternehmen keine vorgängige Konsultation durchgeführt hatte.
Der Schaden ist geschehen. Die Gemeinden sind gespalten, viele der Anführer *innen wurden kriminalisiert, verfolgt, erlitten Todesdrohungen und Attentate, wie jenes gegen Yolanda Oquelí. Das Bergbauunternehmen hat grosse Chancen, dass der Staat Guatemala die Strafe in Millionenhöhe zahlen muss, ungeachtet dessen, dass das Unternehmen Grundrechte der lokalen Bevölkerung missachtet und verletzt hat.

Besuchen Sie uns auf Facebook!

Seit letztem Sommer ist Guatemala-Netz Zürich auf Facebook und bringt regelmässig Nachrichten zu aktuellen Geschehnissen aus und um Guatemala. Bleiben Sie dran: www.facebook.com/Guatemala-Netz-Zürich-2033014166972006